



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

FAMILIENMODELL

Wahlfreiheit für Frau und Mann

Der Streit über das Familienbild, die Frauenrolle und die Kindererziehung ist voll entbrannt. Gezankt wird darüber, ob die Frauen an den Herd oder in die Wirtschaft gehören. Als ließen sich solche tiefschürfenden Fragen durch nostalgisch verklärte Erinnerungen an das klassisch-bürgerliche Familienideal der Industrialisierung oder durch schicksalsschwangere Aufrufe zu planwirtschaftlichen Sozialutopien und staatlich bestellten Ersatzeltern beantworten.

Vordergründig geht es um das Familienmodell, hintergründig um viel mehr – im Kern um die Frage, ob eine Gesellschaft von unten oder von oben organisiert werden soll. Sollen Frauen, Männer und ihre Kinder selber frei bestimmen, mit wem sie in welcher Form und mit welcher Arbeitsteilung zusammenleben, oder soll der Staat das Modell vorgeben, nach dem Menschen zusammenzuleben haben? Die Antwort kann ideologisch festgelegt werden. Dann bestimmen Glaubensansichten das Ergebnis.

Die Antwort kann auch viel einfacher mit ökonomischer Nüchternheit gegeben werden: Die Gesellschaft soll sich jene Form geben, die ihr das bestmögliche langfristige Überleben und ihren Angehörigen und deren Nachfahren das größtmögliche Glück sichert. Also: Ökonomie, nicht Ideologie soll bestimmen, ob Menschen in kleinen oder großen Familien, Sippen oder Stämmen, Kommunen oder Wohngemeinschaften zusammenleben und welche Erwerbs- und Erziehungsrollen Mann und Frau spielen.

Natürlich ist es unmöglich, das Glück des Einzelnen in ökonomischen Größen zu messen, zu vergleichen und zu einem Glück der Gesellschaft insgesamt zusammenzuzählen. Nimmt man aber den materiellen Wohlstand sowie die Chancen auf eigenständige Gestaltung der Lebensumstände als Ersatzgrößen, wird aus den Erfahrungen der Vergangenheit mehr als deutlich, dass Gesellschaften, die auf individuelle Freiheit, Eigenverantwortung und den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren bei der Suche nach der optimalen Form des Zusammenlebens gesetzt haben, bessere Erfolge aufweisen als jene, die von oben ideologische Gesellschaftsmodelle über die Bevölkerung gestülpt haben. Das klägliche Scheitern kommunistischer Experimente ist hierfür der offensichtliche Beweis.

So gesehen ist aber auch die klassisch-bürgerliche Kleinfamilie weder gottgewollt noch gottgegeben. Die Arbeitsteilung zwischen erwerbstätigem Mann und Kinder erziehender Frau war lediglich eine alles in allem durchaus zweckmäßige Erfindung der Industrialisierung, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Deshalb ist es weder Sünde noch Torheit zu hinterfragen, ob das klassische Familienbild und Rollenverständnis noch zur heutigen und – vor allem – künftigen Lebenswirklichkeit passt, die wenig mit der stetigen und körperlich harten Handarbeit des Industriezeitalters, viel aber mit Wissen und Kopfarbeit, „löchrigen“ Biografien im ständigen Wechsel von Erwerbsarbeit mit Aus- und Weiterbildung, Umschulung und Beschäftigungslosigkeit zu tun hat. Da wird es rasch zum ökonomi-

schen Unsinn, wenn kluge Frauen an den Herd verbannt werden und sich ihre weniger qualifizierten Ehemänner auf dem Arbeitsmarkt schwertun.

Niemand kann wissen, welche Gesellschaftsform optimal ist, um kommenden Generationen möglichst große Handlungsspielräume zur selbst bestimmten Gestaltung offenzuhalten. Es kann, aber es muss nicht die klassisch-bürgerliche Kleinfamilie des Industriezeitalters sein. Es kann, aber es muss nicht ein Modell sein, bei dem sich Frau und Mann die Erziehungs- und Erwerbsrolle flexibel und pragmatisch teilen, nicht zuletzt um durch eine Diversifizierung auf beide Köpfe das ökonomische Risiko für das Familieneinkommen zu minimieren. Nicht Ideologie und auch nicht Propaganda für das eine oder andere Modell können den Schleier des Unwissens über das richtige Familienmodell lüften.

Deshalb ist der beste Ratschlag, weder das eine noch das andere Familienmodell „von oben“ anstreben zu wollen. Sollen die Menschen doch eigenständig „von unten“ bestimmen, mit wem sie wie zusammenleben, und soll sich im Wettbewerb der frei gewählten Verhaltensweisen zeigen, wer für ein gutes, wer für ein schlechtes Modell sich entschieden hat.

Konkret bedeutet Wahlfreiheit, dass es an der Zeit ist, mit der staatlichen Privilegierung spezifischer Formen des Zusammenlebens aufzuhören. Das Ehegattensplitting ist genauso abzuschaffen, wie es ein schlechter Witz ist, den Eltern zuerst über Steuern das Geld abzuknöpfen, um es ihnen dann in Form staatlicher Kinderbetreuung zurückgeben zu wollen. Die richtige Strategie ist ein Rückzug des Staates aus der privaten Sphäre von Frau und Mann,

Eltern und Kindern. Grundprinzip muss es sein, Freiräume für selbst bestimmte Formen des Zusammenlebens zu öffnen, freie Entscheidungen zu ermöglichen und die Folgen des Handelns eigenverantwortlich tragbar zu machen.

Dazu gehört eine konsequente Privatisierung von Erziehung, Kinderbetreuung, Grund-, Aus- und Weiterbildung. Dann können Steuern gesenkt werden, und Familien haben mehr Möglichkeiten, selber zu entscheiden, wo sie wie viel Geld für welche Leistungen ausgeben wollen. Damit sichergestellt ist, dass alle Kinder und Jugendliche die Chance auf eine gute Erziehung und Bildung haben, sollen alle Eltern gleichermaßen durch Kindergeld, Schulgeld, Betreuungs- oder Ausbildungsgutscheine direkt unterstützt werden. Wer seine Kinder selber erzieht und betreut, erhält dann genauso Bargeld vom Staat zurück, wie jene privaten Einrichtungen vom Staat entschädigt werden, wenn sie die Kinder anderer erziehen oder betreuen.

Zur Privatisierungsforderung gehört auch, dass mehr Kinder mehr Altersrente und weniger Kinder weniger Altersrente bedeuten. Wiederum ist es dann eine frei gewählte Entscheidung, entweder die Kosten, die Kinder verursachen, privat zu tragen und dafür im Alter eine höhere staatliche Rente zu erhalten oder aber das Geld zu sparen, um dann im Alter über eigene Ersparnisse die tiefere Rente aufzustocken.

Ein Trost für die Anhänger der klassisch-bürgerlichen Kleinfamilie zum Schluss: Wird das Private wirklich wieder privatisiert, wird die Familie automatisch und ohne staatliche Privilegierung aufgewertet. Sehr wahrscheinlich wird es nicht so

sehr die klassische Form der lebenslangen Beziehung von Frau, Mann und Kind(ern) sein, die erstarben wird. Eher werden es „Patchworkfamilien“ und Kleingruppen, vielleicht auch wieder Mehrgenerationenfamilien sein, die zusammenleben werden, um sich in Zeiten des raschen Wandels und erhöhter Unsicherheit gegenseitig zu helfen, um Wohnkosten zu sparen und um sich gegen unterschiedliche Lebensrisiken abzusichern.

Die kleine Gruppe wird auch künftig eine sehr zweckmäßige Organisationsform sein, um die Interessen der Einzelnen mit jenen der Gruppe insgesamt optimal zu verschmelzen. Kleine Gruppen sind eher zu solidarischem Handeln fähig als große Gebilde, in denen der Einzelne anonym bleiben kann und es leichter fällt, die Anstrengungen anderer zum eigenen Vorteil zu missbrauchen oder kostenlos auf dem Trittbrett mitzufahren. In der kleinen Gruppe kennt man sich, die soziale Kontrolle des eigenen Verhaltens ist stärker, und – vor allem – das gegenseitige Vertrauen in einander ist größer. Dazu gehört auch das Vertrauen, nicht nur aus egoistischer Absicht das eigene kurzfristige Interesse zu maximieren, sondern auch das langfristige Wohl der Gruppe insgesamt nicht aus den Augen zu verlieren.

Der kalte Staat kann den Menschen die Wärme und Geborgenheit der Nächstenliebe nicht ersetzen. Er konnte es früher nicht. In der Lebenswelt der Zukunft wird er es weniger denn je können. Deshalb wird die durch welches Band auch immer zusammengehaltene „Familie“ nicht verschwinden, sondern erstarben.

Dieser Beitrag ist in „Die Welt“ am 16. März 2007 erschienen.